

Aktuell

Nr. 166

7.6.2017

Inhalt

BMBF

Studienabbrecher beginnen häufig eine Berufsausbildung

ZDH

Betriebsrentenstärkungsgesetz - Drei Fragen an ZDH-Generalsekretär Schwannecke

DIHK

"Duales Studium erfordert viel Motivation und Engagement"

BIBB

Integration braucht Unterstützung

KMK

Länder bekennen sich zu Eckpunkten des DigitalPakts Schule

BMBF

Studienabbrecher beginnen häufig eine Berufsausbildung

29 Prozent aller Bachelorstudierenden brechen ihr Studium ab. An Universitäten liegt die Quote bei 32 Prozent, an Fachhochschulen bei 27 Prozent. Die überwiegende Mehrheit der Studienabbrecher gestaltet nach Verlassen der Hochschule ihren weiteren Bildungs- oder Berufsweg erfolgreich: Ein halbes Jahr nach Verlassen der Hochschule haben 43 Prozent von ihnen eine Berufsausbildung aufgenommen und 31 Prozent sind erwerbstätig. Dies ist ein Ergebnis einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), die heute in Berlin vorgestellt wird.

mehr: <https://www.bmbf.de/de/studienabbrecher-beginnen-haeufig-eine-berufsausbildung-4283.html>

ZDH

Betriebsrentenstärkungsgesetz - Drei Fragen an ZDH-Generalsekretär Schwannecke

***Frage:** Bei dem Thema betriebliche Altersvorsorge wird es schnell kompliziert. Warum sollte man sich trotzdem damit beschäftigen?*

Antwort: Weil die betriebliche Altersvorsorge viele Vorteile bietet und zukünftig noch stärker vom Staat gefördert wird: Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz, das diese Woche im Bundestag verabschiedet werden soll, werden Arbeitgeber steuerlich bessergestellt, wenn sie zwischen 240 und 480 Euro im Jahr für bei ihnen beschäftigte Geringverdiener in die betriebliche Altersvorsorge einzahlen. Als Geringverdiener gelten Beschäftigte mit einem Brutto-Einkommen von unter 2.200 Euro im Monat. Zusätzlich sollen bei der Grundsicherung im Alter die Betriebsrenten bis zu 202 Euro anrechnungsfrei bleiben und die steuerfreien Zahlungen an Direktversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds angehoben werden.

mehr: <https://www.zdh.de/presse/beitraege/betriebsrentenstaerkungsgesetz-drei-fragen-an-zdh-generalsekretaer-schwannecke/>

DIHK

"Duales Studium erfordert viel Motivation und Engagement"

Duale Studiengänge verbinden eine betriebliche Berufsausbildung mit einem Studium: Die Teilnehmer besuchen die Hochschule und arbeiten parallel im Unternehmen mit.

Das garantiert einen starken Praxisbezug, hat aber seinen Preis: "Das duale Studium erfordert ein hohes Maß an Motivation und Engagement", betonte DIHK-Hochschulexpertin Julia Flasdick gegenüber der "Neuen Osnabrücker Zeitung".

mehr: <https://www.dihk.de/themenfelder/aus-und-weiterbildung/news?m=2017-06-06-flasdick-duales-studium>

BIBB

Integration braucht Unterstützung

Duale Berufsausbildung kann einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration junger Geflüchteter leisten. Dafür ist aber Unterstützung notwendig – und zwar vor und während der Ausbildung. Zu dieser Einschätzung gelangt eine breite Mehrheit der rund 660 Berufsbildungsfachleute, die sich am aktuellen Expertenmonitor des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur dualen Ausbildung junger Geflüchteter beteiligt haben.

Konkret sprechen sich die Expertinnen und Experten vor allem für folgende Unterstützungsmaßnahmen aus:

mehr: https://www.bibb.de/de/pressemitteilung_62344.php?from_stage=ID_62318&title=Ergebnisse-einer-BIBB-Expertenbefragung

KMK

Länder bekennen sich zu Eckpunkten des DigitalPakts Schule

Die 358. Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 1. Juni 2017 in Stuttgart getagt. Behandelt wurden unter anderem folgende Themen: Die Kultusministerinnen und Kultusminister diskutierten über die Empfehlungen der Fachforen Schule, berufliche Bildung und Hochschulen zum Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Außerdem einigten sie sich auf das nationale Auswahlverfahren zur Kulturhauptstadt Europas 2025.

Die Länder bekennen sich ferner zu den Eckpunkten einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich der Schule („DigitalPakt Schule“). Diese Eckpunkte wurden in monatelangen intensiven Verhandlungen zwischen Bund und Ländern auf Ebene der Staatssekretäre ausverhandelt. Damit liegen nunmehr die Voraussetzungen dafür vor, dass die Schulen die vielfältigen digitalen Möglichkeiten effektiv für die Bildungs- und Erziehungsarbeit nutzen können. Im Rahmen der Gespräche hat der Bund rund fünf Milliarden Euro im Zeitraum von 2018 bis 2022 für den Ausbau der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen, beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungseinrichtungen (Schulen) in öffentlicher und freier Trägerschaft in Aussicht gestellt.

mehr: <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/kmk-laender-bekennen-sich-zu-eckpunkten-des-digitalpakts-schule.html>

Den nächsten BLBS aktuell Newsletter werden wir ab dem **14. Juni 2017** versenden.

